



KVJS

Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

KVJS

Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel

**Zusammenfassung
zentraler Ergebnisse der
Berichterstattung 2010**



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
I. Einleitung	4
II. Zusammenfassung zentraler Berichtsergebnisse	5
1. Die langfristigen Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung Baden-Württembergs und deren Bedeutung aus dem Blickwinkel der Kinder- und Jugendhilfe	5
<i>Kinder und Jugendliche als zunehmend „knappes Gut“ in einer alternden Gesellschaft</i>	
<i>Herausforderungen aus dem Blickwinkel volkswirtschaftlicher Entwicklungserfordernisse</i>	
<i>Herausforderungen aus dem Blickwinkel sozialpolitischer Entwicklungserfordernisse</i>	
<i>Der Zeitraum 2010 bis 2020 als das „kritische Jahrzehnt“ der Kinder- und Jugendhilfe</i>	
<i>Das Paradox der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel</i>	
2. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe	11
<i>Das Arbeitsfeld Kindertagesbetreuung</i>	
<i>Das Arbeitsfeld Kinder- und Jugendarbeit</i>	
<i>Das Arbeitsfeld Jugendsozialarbeit</i>	
<i>Das Arbeitsfeld Hilfen zur Erziehung</i>	
<i>Unterschiede in den kreisspezifischen Ausgangslagen zur Bewältigung der Herausforderungen im demografischen Wandel</i>	
3. Querschnittsthemen der Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten des demografischen Wandels	19
4. Personalbedarf der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel	24
III. Brücken zur Weiterarbeit mit dem Thema demografischer Wandel	25

Vorwort

Im Oktober 2010 hat der Landesjugendhilfeausschuss des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg einen Bericht zu den Herausforderungen und Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel verabschiedet. Dieser Bericht beinhaltet eine Fülle von aktuellen Daten und Befunden zu den erwarteten Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung Baden-Württembergs. Zudem reflektiert er die Konsequenzen, die sich daraus für die Unterstützung und Förderung von jungen Menschen und Familien und damit für die kommunalpolitischen Handlungserfordernisse der Kinder- und Jugendhilfe ergeben. In der Gesamtschau der vielfältigen, insbesondere auch kreisbezogenen Informationen und Betrachtungen bietet der Bericht den 44 Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg und anderen Interessierten zahlreiche Impulse für differenzierte Standortbestimmungen sowie Anregungen für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Jugendhilfestrukturen.

Die vorliegende Kurzfassung bündelt grundlegende Erkenntnisse und Folgerungen des Berichts und verschafft so einen Überblick über wesentliche Ergebnisse. Bei Interesse kann der Gesamtbericht kostenlos vom KVJS bezogen werden.

Gemeinsam mit dem Landesjugendhilfeausschuss wünschen wir diesem ersten landesweiten Bericht zur Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel und dieser Kurzbroschüre eine starke Verbreitung und ertragreiche Diskussionen auf der örtlichen Ebene. Die Expertinnen und Experten des KVJS-Landesjugendamts stehen den Jugendämtern und anderen Interessierten dabei gerne beratend und unterstützend zur Seite.

3

Karl Röckinger
Verbandsvorsitzender

Senator e. h. Prof. Roland Klinger
Verbandsdirektor



I. Einleitung

Der Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland steht in den kommenden Jahrzehnten vor tiefgreifenden Umbrüchen, die alle gesellschaftlichen Teilbereiche betreffen und vor vielfältige Herausforderungen stellen werden. Dies gilt auch für die Aufgabenfelder der sozialen Daseinsvorsorge, die aus dem Blickwinkel der Grundtendenzen der Bevölkerungsentwicklung jedoch vor sehr unterschiedlichen Ausgangslagen stehen. Während sich etwa die Altenhilfe angesichts der erheblichen Zuwächse in den Altersgruppen der über 65-Jährigen und insbesondere der über 85-Jährigen auf deutliche Aufgabenzuwächse einstellen muss, sieht sich die Kinder- und Jugendhilfe mit der Fragestellung konfrontiert, was die absehbaren, längerfristig durchaus spürbaren Rückläufigkeiten in der Alterspopulation der unter 21-Jährigen, wie sie auch für Baden-Württemberg zu erwarten sind, für ihre Handlungsfelder, aber auch für ihre grundlegende Rolle und ihren Stellenwert in einer alternden Gesellschaft bedeuten, und mit welchen Zielsetzungen und Strategien die damit verbundenen Entwicklungsfragen zu bewältigen sind.

Nachdem sich bisherige grundlegendere Analysen zu Ausmaß und Folgen des demografischen Wandels vorrangig mit Aspekten aus dem Blickwinkel der älteren Generation beschäftigten, stellt der Bericht des KVJS-Landesjugendamts die Perspektive von jungen Menschen und ihren Familien in das Zentrum der Betrachtungen. Er befasst sich mit den zukünftig erwarteten demografischen Entwicklungen in Baden-Württemberg insgesamt und nimmt darüber hinaus in einer regional differenzierten Sichtweise die unterschiedlichen Ausgangslagen und Perspektiven in den 44 Stadt- und Landkreisen des Bundeslandes in den Blick. Grundlage der Einschätzungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung sind die Ergebnisse der Ende 2009 vorgelegten 12. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Bundesamts und der darauf basierenden, Anfang 2010 veröffentlichten kreisbezogenen Vorausschätzungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Die zahlreichen Informationen zu den Ausgangslagen der Kreise hinsichtlich der Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels in den Aufgabenfeldern der Kinder- und Jugendhilfe wurden unterschiedlichsten Datenquellen entnommen und basieren zum Teil auf Erhebungen, die vom Landesjugendamt direkt bei den örtlichen Trägern der Jugendhilfe durchgeführt wurden.

Obwohl der Bericht den Themenkomplex des demografischen Wandels in großer thematischer Breite angeht, erhebt er damit nicht den Anspruch, alle dem Thema innewohnenden Facetten umfassend oder gar abschließend zu verhandeln. Diese Einschränkung ist darin begründet, dass der demografische Wandel alle originären Felder der Kinder- und Jugendhilfe wie auch deren Schnittstellen zu anderen gesellschaftlichen Aufgabenbereichen und Fragestellungen in einer Fülle und Tiefe von Aspekten berührt, denen im Rahmen eines als Gesamtschau auf die Kinder- und Jugendhilfe ausgerichteten Berichtes nicht angemessen Rechnung getragen werden kann. Eine wesentliche Funktion des Berichtes liegt deshalb darin, auf der Grundlage einer empirisch fundierten Herangehensweise eine breite und facettenreiche Auseinandersetzung mit dem Thema Demografischer Wandel aus dem Blickwinkel der Kinder- und Jugendhilfe anzustoßen, die – wenn diese Absicht aufgeht – in den Praxisfeldern der

Kinder- und Jugendhilfe, in Fach- und Interessensverbänden, in der Öffentlichkeit und in politischen Gremien der Landkreise, Städte und Gemeinden im Lande aufgegriffen, fortgeführt und gegebenenfalls auch weiter vertieft wird. Die vorliegende Zusammenfassung beschränkt sich notwendigerweise auf die Darstellung grundlegender Erkenntnisse dieses ersten landesweiten Berichts, da Ausführungen zu einzelnen Kreisen den Rahmen einer solchen Kurzfassung völlig sprengen würden. Leser/innen, die sich für solche vertiefenden Informationen interessieren, seien auf den umfassenden Gesamtbericht verwiesen.¹

II. Zusammenfassung zentraler Berichtsergebnisse

1. Die langfristigen Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung Baden-Württembergs und deren Bedeutung aus dem Blickwinkel die Kinder- und Jugendhilfe

Um die Bedeutung des demografischen Wandels für junge Menschen und Familien und damit für die Kinder- und Jugendhilfe angemessen zu erfassen reicht es nicht aus, den Blickwinkel auf die Veränderungen in der Altersgruppe der unter 21-Jährigen und die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe zu begrenzen. Die tatsächlichen Dimensionen der Handlungserfordernisse erschließen sich erst in einer Gesamtschau auf die Wechselwirkungen zwischen den Altersgruppen und unter Einbezug volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Aspekte.

Kinder und Jugendliche als ein zunehmend „knappes Gut“ in einer alternden Gesellschaft

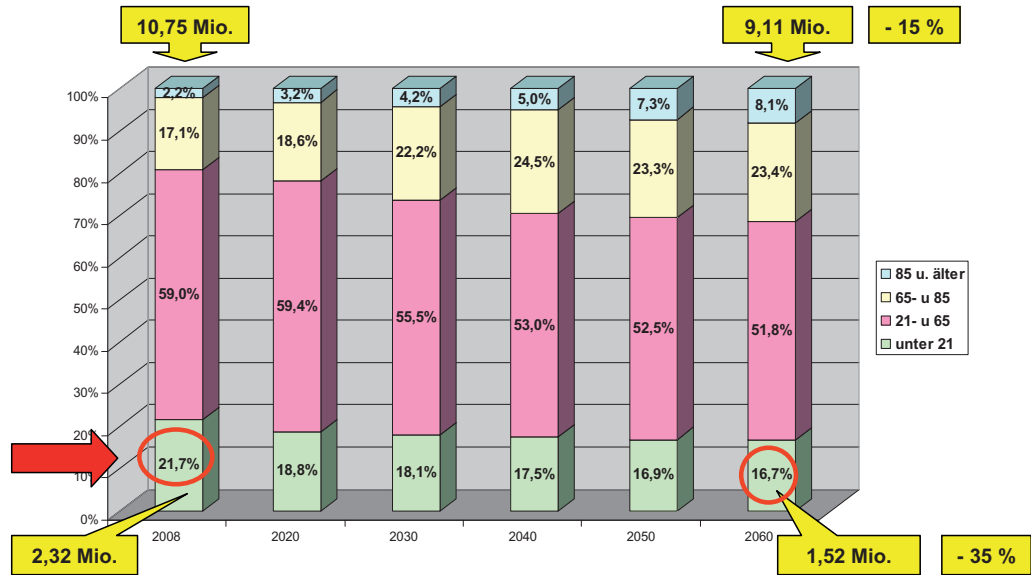
Aus heutiger Sicht wird davon ausgegangen, dass die Bevölkerung des Bundeslandes Baden-Württemberg ausgehend von 10,75 Millionen im Jahr 2008 auf 9,11 Millionen im Jahr 2060 zurück gehen wird. Das entspricht einem Verlust von 1,64 Millionen Einwohner/innen und damit einem Rückgang um rund 15 Prozent. Ein solcher Rückgang über einen Zeitraum von gut 50 Jahren ist für sich betrachtet keine dramatische Entwicklung. Die für 2060 erwartete Einwohnerzahl entspräche etwa der Baden-Württembergs im Jahr 1970.

Die zentralen Herausforderungen im demografischen Wandel resultieren daraus, dass es erhebliche Verschiebungen in den Anteilen geben wird, die die verschiedenen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung haben werden.

¹ Der vollständige Bericht steht als kostenloser Download auf der Homepage des KVJS (www.kvjs.de) zur Verfügung. Eine Druckfassung kann beim KVJS-Landesjugendamt bestellt werden (siehe Impressum).



Anteile ausgewählter Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs in Prozent



6

Die Balken des Diagramms stehen für die Gesamtbevölkerung in den jeweiligen Jahren und weisen die Prozentanteile aus, die die beschriebenen Altersgruppen voraussichtlich an der Gesamtbevölkerung haben werden. In einer Gesamtschau der hier gebildeten vier Altersklassen folgen die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung einem Grundmuster, das sich in der Formel „je jünger die Altersgruppe, desto höher die Verluste – je älter die Altersgruppe, desto höher die Zuwächse“ fassen lässt. Der Anteil der Altersgruppe der 0- bis unter 21-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird sich danach von 21,7 % im Jahr 2008 im Ergebnis einer kontinuierlichen Rückläufigkeit auf nur noch 16,7 % im Jahr 2060 reduzieren. Im Verhältnis von 2,32 Millionen jungen Menschen im Jahr 2008 zu 1,52 Millionen im Jahr 2060 entspricht dies einem Verlust von 35 Prozent. Die Zahl und der Anteil der sogenannten Hochbetagten im Alter von 85 und mehr Jahren werden sich in dieser Zeit mehr als verdreifachen.

Diese Verschiebungen im Anteil der Altersklassen werfen eine Vielzahl von Problemstellungen auf, die auch die Perspektiven von Kindern und Familien in einer alternden Gesellschaft und damit die Handlungserfordernisse der Kinder- und Jugendhilfe in vielerlei Hinsicht tangieren. Im Blick auf die Entwicklungsdynamik bei den unter 21-Jährigen laufen die Umbrüche im demografischen Wandel zum einen darauf hinaus, dass junge Menschen immer mehr zu einem sehr „knappen Gut“ für die Gesellschaft und ihre Gemeinwesen werden, wobei die stärksten Verluste bereits im Zeitraum von 2008 bis 2020 und damit im derzeit laufenden Jahrzehnt zum Tragen kommen. Zugleich geraten Kinder, Jugendliche und Familien damit aber auch immer stärker in die Rolle einer Minderheit, deren Interessen in mancherlei Hinsicht nicht deckungsgleich mit denen anderer Alters- und Bevölkerungsgruppen sind. In der Darstellungsweise des Schaubildes entsteht in gewisser Weise auch ein visueller Eindruck von dem stetig steigenden Druck, dem die nachwachsende Generation im Laufe der Jahrzehnte unter dem „Gewicht“ der Interessen und Bedürfnisse der anderen Altersgruppen ausgesetzt sein wird.

Vor dem Hintergrund dieser in ihrer Grundtendenz unumkehrbaren Umbrüche im Altersaufbau der Gesellschaft werden Kinder und Familien mehr denn je auf die Unterstützung und Förderung durch eine breite bürgerschaftliche und (kommunal-)politische Lobby angewiesen sein, die ihren Belangen und dem Recht aller Kinder auf gute Entwicklungschancen im Aushandeln mit den berechtigten Interessen anderer Alters- und Bevölkerungsgruppen nachdrücklich Geltung verschafft. Den Leistungen für Familien und Kinder muss dabei ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, da sie als rückläufige Bevölkerungsgruppe quantitativ an Bedeutung und damit an Einfluss verlieren, gleichzeitig aber in ihrer Funktion für die Zukunftssicherung der Gemeinwesen und der Gesellschaft eine bislang in diesem Maße noch nie da gewesene Bedeutung erlangen.

Eine solche Stärkung der Belange von Familien und Kindern dient dabei zuallererst, gleichwohl aber keineswegs nur der Unterstützung und Förderung der jungen Menschen, denn sie ist zugleich auch unabweisbare Konsequenz angesichts absehbarer volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Herausforderungen im demografischen Wandel.

Herausforderungen aus dem Blickwinkel volkswirtschaftlicher Entwicklungserfordernisse

Die volkswirtschaftlichen Problemstellungen im demografischen Wandel erwachsen daraus, dass der Anteil des in gewisser Weise besonders „produktiven“ Bevölkerungssgments der 21- bis unter 65-Jährigen – also jener Altersgruppe, die in dieser Lebensphase überwiegend berufstätig ist, darüber auch Steuern und Sozialabgaben zahlt und damit das gesellschaftliche Ganze „am Laufen“ hält – im Zuge des demografischen Wandels kontinuierlich rückläufig sein und sich im Jahr 2060 voraussichtlich nur noch auf gut die Hälfte der Gesamtbevölkerung belaufen wird. Damit wird eine bereits heute in Ansätzen erkennbare und stetig zunehmende Verknappung von Arbeitskräften einher gehen, die zu einer Gefährdung für die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Volkswirtschaft und damit auch anderer gesellschaftlicher Teilsysteme werden kann.

7

Allerdings muss diese Entwicklung nicht zwingend zu einem Problem werden. Wenn gleich der quantitative Rückgang dieser Population unausweichlich kommen wird, so wäre es aber falsch, davon auszugehen, dass in eben dieser Größenordnung auch arbeitsmarktrelevante Verknappungen auftreten müssen. Tatsache ist ja, dass bislang ein durchaus erheblicher Teil der Menschen in dieser Altersgruppe aus verschiedenen Gründen gar nicht berufstätig ist. Insofern liegt ein bedeutsamer Ansatzpunkt und eine zugleich aussichtsreiche Chance zur Bewältigung dieser Herausforderungen in einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, wobei eine zentrale strategische Ausrichtung vernünftigerweise darin bestehen muss, den Einbezug solcher Bevölkerungsgruppen zu verbessern, denen bislang strukturelle Hürden den Zugang zur Erwerbstätigkeit erschweren. Insbesondere betrifft dies Eltern, die wegen der Betreuung ihrer Kinder nicht in gewünschtem Maße berufstätig sein können, und es betrifft junge Menschen, denen bislang eine unzureichende Bildungsbeteiligung den Übergang in das Berufsleben erschwert.



Aus dem Blickwinkel der Aufgaben in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel ergeben sich daraus zwei zentrale Handlungserfordernisse, und zwar im Hier und Jetzt. Zum einen kommt es dringend darauf an, eine soziale Infrastruktur für Familien und Kinder im Lande weiter zu entwickeln und weiter auszubauen, die es Vätern und Müttern vor allem auch durch eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Angebote der Kindertagesbetreuung ermöglicht, die Anforderungen und die Verantwortung von Elternschaft und Familienleben mit denen der Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen. Zum anderen muss die Förderung und Gestaltung von und die kooperative Mitwirkung an umfassenden Bildungsprozessen für alle jungen Menschen in allen Arbeits- und Kooperationsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe stärker noch als bisher akzentuiert werden. Und mehr denn je müssen dabei insbesondere jene Unterstützung erfahren, die bisher unter strukturell benachteiligten Bildungschancen aufwachsen, um darüber deren Teilhabechancen und zugleich das Potential gut gebildeter, motivierter und mit realen Chancen auf soziale Teilhabe ausgestatteten jungen Menschen zu erhöhen.

Herausforderungen aus dem Blickwinkel sozialpolitischer Entwicklungserfordernisse

Aus dem Blickwinkel der sozialpolitischen Entwicklungen im demografischen Wandel wird es sich als sehr folgenreich erweisen, dass zeitgleich mit dem kontinuierlichen Rückgang des Anteils der 21- bis unter 65-Jährigen die Altersgruppe der über 65-Jährigen, und insbesondere die der über 85-Jährigen erheblich zulegen wird. Diese Veränderungen im Altersaufbau der Gesellschaft werden unausweichlich zu Verteilungskonflikten zwischen diesen beiden Generationen führen, wie sie in den letzten Jahren ebenfalls schon in verschiedenen politischen Debatten in ersten Konturen erkennbar waren. Ihre politische Bearbeitung droht angesichts der demografischen Umbrüche in den kommenden Jahrzehnten vermehrt zu Lasten der jungen Menschen und ihrer Familien zu gehen, da sowohl die mittlere als auch die ältere Generation erhebliche Wählerpotentiale stellen, während das quantitative Gewicht der jungen Generation, vermittelt über das Wahlrecht der Eltern, zunehmend schwindet.

Darüber hinaus zeichnet sich ab, dass zeitgleich mit der quantitativen Zunahme der über 65-Jährigen die Altersarmut innerhalb der Gesellschaft zunehmen wird. Da infolge dessen vermehrt Leistungen der Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII erforderlich sein werden, die ebenso wie die der Kinder- und Jugendhilfe in die Kostenzuständigkeit der Kommunen fallen, wird auch eine verstärkte Konkurrenz um die Verwendung der kommunalen Finanzen und damit ein zunehmender Druck auf die für die Kinder- und Jugendhilfe verfügbaren Finanzressourcen entstehen. Der Umstand, dass zudem auch die Zahl der Hochbetagten zunehmen wird, die zur Finanzierung von Pflegeleistungen auf ergänzende Unterstützung nach dem SGB XII angewiesen sein werden, wird diese Problemstellung weiter verschärfen.

Die erheblichen Mehrbelastungen der kommunalen Haushalte im Zuge dieser Veränderungen drohen die Handlungs- und Finanzierungsspielräume für die gerade im demografischen Wandel unverzichtbaren Investitionen in die nachwachsende Generation strukturell zu gefährden. Angesichts dieser absehbaren Entwicklungen wird es

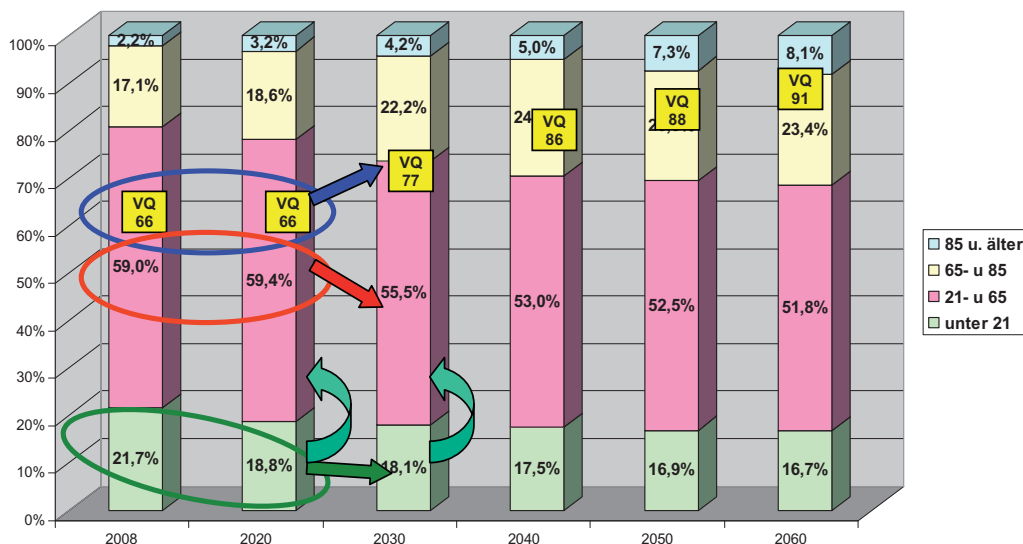
grundlegender Debatten darüber bedürfen, inwieweit strukturelle Umschichtungen hinsichtlich der Finanzierung bzw. Kostentragung der auf kommunaler Ebene zu gewährleistenden Sozialleistungen im Verhältnis der Finanzbeziehungen zwischen den Ebenen von Kommunen, Land und Bund erforderlich sind.

Da jedoch wie auch immer gestaltete Verlagerungen zwischen unterschiedlichen öffentlichen Haushalten keine wundersame Formel zur Vermehrung der verfügbaren Mittel in sich tragen, werden darüber hinaus Debatten um Prioritätensetzungen in der Ausgabenpolitik von Kommunen, Land und Bund erforderlich sein, die dem unumstößlichen Sachverhalt Rechnung tragen, dass sich der demografische Wandel – anders als viele investive Vorhaben – nicht verschieben lässt. Und letztlich werden auch Fragen zum Spannungsverhältnis zwischen dem erheblichen privaten Reichtum von Teilen der Bevölkerung einerseits und der Armut in öffentlichen Haushalten andererseits als Kernfragen gesellschaftlicher Zukunftsgestaltung und Zukunftssicherung im demografischen Wandel an Bedeutung gewinnen.

Der Zeitraum 2010 bis 2020 als das „kritische Jahrzehnt“ der Kinder- und Jugendhilfe

Die Dringlichkeit der Handlungserfordernisse zur Intensivierung der Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und ihren Familien im demografischen Wandel erschließt sich in voller Schärfe erst dann, wenn man die Dynamik in den Verschiebungen der Anteile der Altersklassen an der Gesamtbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten einer vertiefenden Analyse unterzieht und dabei verschiedene Einzelbefunde in eine Gesamtschau stellt. Das folgende Schaubild bildet die insoweit bedeutsamen Veränderungen ab. Als zusätzliche Information ist dort unter dem Kürzel „VQ“ der sogenannte Versorgungsquotient als eine wichtige Kennzahl zur Einschätzung sozialpolitischer Veränderungen eingearbeitet. Er bringt zum Ausdruck, wie viele unter 21-Jährige plus über 65-Jährige auf jeweils 100 Einwohner/innen im Alter von 21 bis unter 65 Jahren kommen. Er vermittelt so gewissermaßen einen Eindruck davon, wie viele Jüngere und Ältere von jeweils 100 Menschen in der ökonomisch besonders „produktiven“ Lebensphase mit versorgt werden müssen.

Das kritische Jahrzehnt der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel





Das Schaubild zeigt, dass sich der Anteil des volkswirtschaftlich besonders produktiven Segments der 21- bis unter 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Zeitraum von 2008 bis 2020 noch konstant halten, danach im Folgejahrzehnt aber spürbar zurück gehen wird. Für das laufende Jahrzehnt gilt das gleiche auch für den Versorgungsquotienten, der sich dann ab 2020 jedoch geradezu sprunghaft nach oben bewegt. Die Altersgruppe der 0- bis unter 21-Jährigen wird dagegen bereits im laufenden Jahrzehnt so stark wie in keinem späteren Jahrzehnt verlieren.

Die unter demografischen Gesichtspunkten bis zum Jahr 2020 noch vergleichsweise stabilen Verhältnisse im mittleren und oberen Segment müssen also dringend genutzt werden, um die in diesem Zeitraum bereits stark rückläufige Altersgruppe der unter 21-Jährigen so zielgerichtet und umfassend zu fördern und zu qualifizieren, dass sie mit realen Teilhabechancen und möglichst ohne Verluste als Zukunftsträger in das mittlere Alterssegment der Gesellschaft hinein wachsen können. Weichenstellungen, die in diesem Zeitfenster vorgenommen oder eben unterlassen werden, werden sich als sehr folgenreich für die gesellschaftliche Zukunftssicherung erweisen, da dieses „kritische Jahrzehnt“ noch einmalige Chancen für nachhaltige Umsteuerungen bieten, die so in den Folgejahrzehnten nicht mehr bestehen. Ein Verzicht auf Prioritätensetzungen zu Gunsten der jungen Menschen und ihrer Familien dürften sich deshalb als irreversible Fehler erweisen.

Das Paradox der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel

In einer Gesamtschau der dargestellten Befunde steht das Plädoyer für eine Intensivierung der Anstrengungen in der Förderung, Bildung und Erziehung der jungen Menschen im demografischen Wandel somit in einem argumentativen Dreiklang, der seine Begründung neben der zentralen Prämisse des Rechts der jungen Menschen auf die Förderung ihrer Entwicklung und gerechte Chancen auf soziale Teilhabe gleichermaßen auch aus unabweisbaren volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Handlungserfordernissen bezieht.

Letztlich liegt die Quintessenz der Analysen damit in einem Paradox: Entgegen einer auf den ersten Blick plausiblen Annahme erfordert der demografische Wandel und der damit verbundene Rückgang in der Zahl der jungen Menschen gerade jetzt nicht *weniger*, sondern *mehr* Engagement und *mehr* Investitionen in Kinder und Familien. Die Geschwindigkeit und die Ernsthaftigkeit, mit der dieser Sachverhalt zur Kenntnis genommen und in konkretes Handeln umgesetzt wird, wird wesentlich über die Zukunftschancen der Städte und Gemeinden, damit aber auch die des jeweiligen Landkreises und des Landes entscheiden. Alle weiteren Überlegungen zu den Handlungserfordernissen der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel sind vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Erkenntnisse einzuordnen.

2. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe

Wenngleich die Betrachtungen zu den langfristig erwarteten Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung wichtige Aufschlüsse über grundlegende Herausforderungen im demografischen Wandel geben, so tragen solche Langfristszenarien – jenseits der demografischen Betrachtungen – doch stets auch eine Fülle von Unwägbarkeiten hinsichtlich gesellschaftlicher, ökonomischer und geopolitischer Entwicklungen in sich, die aus heutiger Sicht von Niemandem sicher eingeschätzt werden können. Aus diesem und weiteren Gründen wäre es nicht sinnvoll, die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe in derart langfristiger Perspektive zu erörtern. Deshalb arbeitet der Bericht bei diesen Betrachtungen mit einem Zeitfenster bis zum Jahr 2025 und legt so mit diesem Zeitraum von 15 Jahren einen unter sozialplanerischen Gesichtspunkten durchaus planungsrelevanten Zeitraum zu Grunde.

Grundsätzlich setzt die Beschäftigung mit Fragen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe das Wissen um drei grundlegende Sachverhalte voraus. Zum Ersten vollzieht sich der demografische Wandel innerhalb der Altersgruppe der 0- bis unter 21-Jährigen nicht einheitlich. Unterschiedliche Altersklassen sind, wie die folgende Tabelle zeigt, in deutlich unterschiedlichem Maße von Rückläufigkeiten betroffen. Der Aufbau dieser Tabelle ist so angelegt, dass zunächst die tatsächlichen Bevölkerungszahlen der Altersklassen im Jahr 2008 als Basisgröße und dem entsprechend als 100 Prozent gesetzt sind. In den weiteren Spalten folgen dann jeweils die absoluten Zahlen der vorausgeschätzten Bevölkerungsentwicklung für dort genannten Jahre sowie die prozentualen Anteile, die in den Folgejahren gemessen an der Ausgangsgröße des Jahres 2008 noch vorhanden sind.

11

Voraussichtliche Entwicklung der Binnenaltersstruktur der 0- bis unter 21-Jährigen in Baden-Württemberg bis 2025

Altersklasse	2008		2015		2020		2025	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
unter 6	570.472	100	542.074	95	535.080	94	523.229	92
6- u. 12	654.268	100	568.932	87	550.378	84	541.664	83
12- u. 15	346.880	100	305.309	88	285.318	82	277.215	80
15- u. 18	367.042	100	335.498	91	298.139	81	284.956	78
18- u. 21	391.305	100	361.382	92	328.709	84	302.685	77
insgesamt	2.329.967	100	2.113.195	91	1.997.624	86	1.929.749	83

Dies sind die Geburtenjahrgänge 2004 bis 2007

In der Gesamtschau wird rasch deutlich, dass die jüngeren Altersgruppen weniger und die älteren Altersgruppen mehr verlieren. Somit gilt *innerhalb* der Alterspopulation der 0- bis unter 21-Jährigen, und damit in gewisser Weise in Umkehrung der Formel im demografischen Wandel insgesamt, im Kern also die Feststellung: „Je jünger die Altersklasse, desto geringer die Verluste – je älter die Altersklasse, desto höher die Verluste“.



Damit liegt auch auf der Hand, dass die verschiedenen Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe in Abhängigkeit von ihren primären Alters-Zielgruppen in deutlich unterschiedlichem Maße vom demografischen Wandel betroffen sein werden.

Darüber hinaus unterstreichen die Befunde dieser altersklassenspezifischen Analysen aber auch noch einmal eindrücklich die Dringlichkeit der Handlungsbedarfe im demografischen Wandel. Mit den 15- bis unter 18-Jährigen und den 18- bis unter 21-Jährigen verlieren gerade die Altersgruppen besonders stark, die für die Absicherung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Kontinuitäten von unmittelbarer Bedeutung sind. Die Verluste belaufen sich bis zum Jahr 2025 auf über 20 Prozent, wobei diese Rückläufigkeiten in einzelnen Kreisen Werte von bis zu 33 Prozent erreichen werden. Derartige Verluste binnen nur 17 Jahren können durchaus als dramatisch bezeichnet werden, zumal es sich dabei um Fakten jenseits jeglicher Spekulation handelt. Die 18- bis unter 21-Jährigen des Jahres 2025 sind die Geburtenjahrgänge 2004 bis 2007 und somit jene Kinder, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts als 3-Jährige in den Kindergarten und als 6-Jährige in die Grundschule kommen. Der demografische Wandel und die darin angelegten Herausforderungen einer Intensivierung in der Förderung der nachwachsenden Generation sind also alles andere als abstrakte, ferne Größen – wir sind mitten drin!

12

Zum Zweiten werden sich die Verluste in der Alterspopulation der 0- bis unter 21-Jährigen im Vergleich der Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs unterschiedlich stark ausprägen – auf diesen Aspekt wird später noch gesondert eingegangen. Insofern gelten die im Folgenden skizzierten Befunde zu den Entwicklungen in den einzelnen Arbeitsfeldern zwar in der Grundtendenz für alle Stadt- und Landkreise; sie bedürfen jedoch jeweils kreisbezogener Präzisierung. Das gilt in ganz besonderer Weise für den Bereich der Kindertagesbetreuung, da sich die spezifischen Gegebenheiten auf der Ebene der Städte und Gemeinden innerhalb eines Kreises sehr unterschiedlich darstellen können.

Zum dritten ist hervorzuheben, dass der demografische Faktor immer nur eine, und dabei oftmals keineswegs die entscheidende Einflussgröße für tatsächliche zukünftige Angebots- und Inanspruchnahmeentwicklungen in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe ist. Deshalb bedarf es neben den feldspezifischen Betrachtungen des „rein“ demografischen Einflusses stets fachspezifischer Abwägungen hinsichtlich weiterer bedarfsrelevanter Aspekte – insbesondere auch vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Befunde zu Funktion und Handlungsbedarfen der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel.

Das Arbeitsfeld Kindertagesbetreuung

Der Rückgang in der Altersgruppe der 0- bis unter 6-Jährigen wird sich bezogen auf das ganze Bundesland bis zum Jahr 2025 nur noch auf 8 Prozent belaufen. Diese Altersklasse hat ihre stärksten Verluste bereits im letzten Jahrzehnt durchlaufen, was im Übrigen auch bedeutet, dass die Erfahrung der oftmals erheblich reduzierten Nachfrage nach Plätzen in Kindergärten in den zurückliegenden Jahren im Rahmen fachplanerischer Überlegungen nicht bruchlos in die Zukunft weiter gedacht werden darf. Da-

rüber hinaus ist das Feld der Kindertagesbetreuung aber auch ein gutes Beispiel dafür, wie der demografische Faktor als Grundlage zur Einschätzung von Nachfrageentwicklungen von anderen Einflüssen völlig überlagert werden kann, indem hier sozial- und gesellschaftspolitische Weichenstellungen zum Ausbau der Angebote für die unter 3-Jährigen zur entscheidenden Triebfeder der Veränderungen geworden sind.

Gerade im demografischen Wandel erlangen der Ausbau der Betreuungsangebote für die unter 3-Jährigen sowie weitere Schritte zur Qualifizierung der Kindertagesbetreuung eine herausragende Bedeutung, weil darüber entscheidende Weichenstellungen für die dringend gebotene frühzeitige Förderung und Bildung aller Kinder und für eine deutlich verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter vorgenommen werden können.

Mit dem Orientierungsplan für die Bildung und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten verfügt das Land über eine sehr gute konzeptionelle Grundlage. Betrachtet man jedoch die anspruchsvolle Programmatik bezüglich der individuellen Förderung jeden einzelnen Kindes, so entstehen Zweifel, inwieweit diese ambitionierten Ziele neben der Gestaltung des pädagogischen Alltags und der Bewältigung der gruppenpädagogischen Herausforderungen unter den gegebenen Rahmenbedingungen tatsächlich eingelöst werden können. Insofern erschließt der demografische Trend der rückläufigen Zahl der Kindergartenkinder konkrete Chancen zu einer weiteren strukturellen Verbesserung der Betreuungssituation und der Förderungsmöglichkeiten in den Einrichtungen. Deshalb wäre es falsch, demografiebedingt frei werdende Personalressourcen aus Kindergärten in den Betreuungsbereich der unter 3-Jährigen umzuschichten, weil dadurch letztlich eine nicht sachgerechte Konkurrenz zwischen den Teilleistungsfeldern der Kindertagesbetreuung befördert würde, die auch einer Ausgestaltung kontinuierlich geförderter Bildungsbiografien zuwider liefe.

13

Dort, wo die Nachfrage nach Kindergartenplätzen demografiebedingt stärker sinkt, sollte eine solche Entwicklung nicht als willkommener Anlass zum Abbau von sozialer Infrastruktur, sondern als Chance für kinder- und familiengerechte Weiterentwicklungen in den konzeptionellen Ausrichtungen der Einrichtungen – etwa in Form von Familienzentren oder Bildungshäusern – genutzt werden. Insbesondere in Kreisen, die vergleichsweise stark vom Rückgang der Kinderzahlen betroffen sein werden, könnte es im Interesse eines effizienten Einsatzes öffentlicher Mittel darüber hinaus sinnvoll und auch notwendig werden, gemeindeübergreifend über eine kreisweite zumindest koordinierende fachplanerische Gesamtschau der Nachfrage- und Angebotsentwicklungen zu verfügen, um so eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur aufrecht erhalten zu können, die auch die erforderliche Binnendifferenzierung und Flexibilität der benötigten Einrichtungen gewährleistet.

Das Arbeitsfeld Kinder- und Jugendarbeit

Nachdem die Kinder- und Jugendarbeit eine breite Zielgruppenspreizung in den Altersklassen der 6- bis unter 21-jährigen (und zum Teil älteren) jungen Menschen hat, werden die stärksten Rückläufigkeiten in den Angebotssegmenten zum Tragen kommen, die sich an die über 15-Jährigen wenden. Dabei wird sich der Umschwung



in diesen Bereichen besonders stark ausprägen, weil die Altersgruppe der über 15-Jährigen bis zum Jahr 2008 noch spürbare Zuwächse zu verzeichnen hatte, so dass der demografische Wandel bezüglich dieser Altersgruppe in Gestalt einer recht scharfen Zäsur zum Tragen kommen wird.

Vor diesem Hintergrund werden sich die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendarbeit besonders intensiv mit Überlegungen zu den Perspektiven ihrer Angebote und Arbeitsansätze im demografischen Wandel beschäftigen müssen, in denen auch Fragen nach den Möglichkeiten einer stärker demografieorientierten Ressourcenverwendung eine wichtige Rolle spielen werden. Dabei ist jedoch stets mit zu berücksichtigen, dass die Kinder- und Jugendarbeit mit ihrem spezifischen Bildungsverständnis und Bildungsauftrag gerade in Zeiten des demografischen Wandels und der damit einhergehenden Tendenzen und Folgen eines zunehmenden Minderheitenstatus der nachwachsenden Generation originäre Lern- und Erfahrungsfelder für junge Menschen erschließt, wie sie kein anderer gesellschaftlicher Bereich bereitstellen könnte.

Der demografiebedingte Strukturwandel in der Kinder- und Jugendarbeit wird insbesondere in ländlicheren Bereichen zu der paradoxen Situation führen, dass der logistische und organisatorische Aufwand, der für die Bereitstellung adäquater Angebote für weniger Kinder und Jugendliche vonnöten ist, eher steigen wird. Das wird unter anderem die Anforderungen an die Mobilität und die Sicherstellung der Erreichbarkeit der Angebote erhöhen. Darüber hinaus dürfte es zu einer Anpassung der Angebotsstrukturen kommen, die stärker als bisher in zentrale und dezentrale Arbeitsschwerpunkte unterscheiden, die jedoch verlässlich untereinander vernetzt sein müssen, und deren Funktionalität mittels entsprechender personeller Ressourcen sichergestellt werden muss. Dabei wird sich mehr noch als im Bereich der Kindertagesbetreuung auch die Frage nach einer verstärkten Gemeindegrenzen überschreitenden Koordinierung und Kooperation von Angeboten ergeben, um im Zusammenführen der lokalen Angebots- und Nachfrageentwicklungen auf Kreisebene eine qualitativ wie quantitativ bedarfsgerechte, attraktive und effiziente Angebotslandschaft aufrechterhalten zu können.

Die absehbar stärkeren Rückläufigkeiten bei den älteren Jugendlichen sollten auch dazu genutzt werden, konzeptionelle Akzente verstärkt auf die Arbeit mit Kindern auszurichten. Nachdem sich jugendtypische Verhaltens-, Lern- und Erprobungsmuster schon seit längerem auch in die Lebens- und Erfahrungswelten jüngerer Mädchen und Jungen hinein verlagern, liegen hier sinnvolle Ansatzpunkte, die jungen Menschen früher dabei zu unterstützen, die darin angelegten Chancen konstruktiv zu nutzen und mit möglichen Risiken gekonnt umzugehen.

Weitere zukunftssträchtige Facetten im Angebotsprofil der Kinder- und Jugendarbeit erschließen sich im Einbringen ihrer Kompetenzen und anteiliger Ressourcen in die Kooperation mit dem System Schule, zumal die tägliche zeitliche Ausweitung des Schulbesuchs an Ganztagschulen auch eine Konkurrenz um die Zeitbudgets der jungen Menschen mit sich bringt. Vor diesem Hintergrund kann sich beispielweise eine Verlagerung eines Teils von Angeboten und Aktivitäten in die Ganztagschule für alle Beteiligten als ausgesprochen sinnvoll und fruchtbar erweisen. Für die Kinder- und Jugendarbeit wird es dabei allerdings von entscheidender Bedeutung sein, neben

diesen Kooperationen unbedingt ihr eigenes sozialpädagogisches Profil zu wahren und den jungen Menschen Orte von Autonomie und selbstbestimmter Begegnung und Gestaltungsmöglichkeiten gerade auch jenseits von Schule zu sichern. Indem das eine getan und an das andere nicht gelassen wird, ergeben sich letztlich komplementäre Handlungsfelder, die demografiebedingte Ressourcenspielräume rasch ausfüllen können. Darüber hinaus könnte es sich gerade im demografischen Wandel anbieten, den intergenerativen Dialog zwischen Jungen und Alten durch geeignete Angebotsentwicklungen und Projekte zu unterstützen.

Das Arbeitsfeld Jugendsozialarbeit

Da das Arbeitsfeld der Jugendsozialarbeit unterschiedliche Aufgabenstellungen wie die Schulsozialarbeit, die Jugendberufshilfe und die Mobile Jugendarbeit umfasst, hat sie es je nach Tätigkeitsbereich mit jungen Menschen aller Altersklassen mit Ausnahme der unter 6-Jährigen zu tun, so dass sich aus dem Blickwinkel der Bedeutung des „rein“ demografischen Faktors arbeitsfeldspezifisch unterschiedliche Einflüsse ergeben. Diese partiellen Unterschiede können aber als letztlich wenig bedeutsam eingeordnet werden, da die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung die tatsächlichen Handlungsbedarfe in diesem Arbeitsfeld angesichts anderer Herausforderungen im demografischen Wandel kaum tangiert.

Ein anschauliches Beispiel dafür bietet die Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen, die sich faktisch als ein prosperierendes Handlungsfeld jenseits demografischer Tendenzen erweist. Betrachtet man deren inzwischen etwa zwanzigjährige Geschichte, so fallen die stärksten Zuwächse im Ausbau dieser Angebote in den Zeitraum von 2006 bis 2010 und damit bereits in die Phase der Rückläufigkeit der Alterspopulation. Diese erhebliche Ausbaudynamik ist sicher auch ein Indiz dafür, dass das System Schule im Interesse einer ganzheitlichen Förderung und Bildung der jungen Menschen und damit letztlich auch zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Funktionalität auf die Schulsozialarbeit immer weniger verzichten kann. Vor diesem Hintergrund verweist die Tatsache, dass im Jahr 2008 an den rund 3800 öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg, von denen knapp 1200 Hauptschulen waren, lediglich 511 Vollkräfte in der Schulsozialarbeit waren, auf absehbare weitere Handlungsbedarfe, zumal angesichts der Herausforderungen im demografischen Wandel. Um sie gelingend zu bewältigen, aber auch in einem Verständnis einer von Schule und Jugendhilfe gemeinsam getragenen Verantwortung für die Bildung der jungen Menschen wäre eine gemeinsam getragene Finanzverantwortung geboten, über die sich auch das Land angemessen an den Kosten dieser Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes beteiligt.

Der Bereich der Jugendberufshilfe gewinnt im demografischen Wandel paradoxerweise vor allem dadurch an Bedeutung, dass die Population der 15- bis unter 21-Jährigen bereits in mittelfristiger Perspektive ganz erhebliche Verluste zu verzeichnen haben wird. Der gelingende Übergang von der Schule in das Berufsleben erlangt damit mehr als je zuvor eine herausragende Bedeutung nicht nur für die Zukunftsperspektiven der jungen Menschen, sondern gleichermaßen auch für die Aufrechterhaltung und damit die Zukunftssicherung einer funktionierenden Volkswirtschaft. Angesichts der abseh-



baren „Verknappung“ der nachwachsenden Generation müssen sich die eingesetzten Kräfte noch mehr auch auf Diejenigen konzentrieren, die bislang nicht mit hinreichendem Erfolg in das Berufsleben integriert werden konnten. Wenngleich die Jugendberufshilfe die dazu erforderlichen Voraussetzungen bei weitem nicht allein schaffen kann, so kann sie doch entscheidende Beiträge dazu leisten, dass möglichst keine jungen Menschen in dieser für sie oftmals sehr schwierigen und belasteten Phase des Übergangs „verloren gehen“.

Die Mobile Jugendarbeit ist von der Auswirkungen des demografischen Faktors allein schon deshalb allenfalls marginal betroffen, weil deren personelle Ausstattung in den allermeisten Stadt- und Landkreisen derart gering ist, dass sich der Einfluss der rückläufigen Alterspopulation kaum in nennenswerten Stellenreduzierungen rechnen ließe. Ganz unabhängig davon wird aber die Bedeutung dieses Arbeitsfeldes im demografischen Wandel eher zunehmen, zumal die Entwicklungen des Feldes schon seit einiger Zeit zeigen, dass zunehmend auch junge Menschen unter 14 Jahren zu Adressaten der Mobilen Jugendarbeit werden, die es in besonderer Weise mit sehr stark von Ausgrenzung bedrohten jungen Menschen zu tun hat. Vor diesem Hintergrund eröffnen die stärkeren Rückläufigkeiten in der Population der älteren Jugendlichen in gewissermaßen günstiger Weise Möglichkeiten auch für eine intensivere Arbeit bereits mit Jüngeren, wodurch dem Grundprinzip möglichst frühzeitiger Unterstützung und damit der Vermeidung von Ausgrenzung besser Rechnung getragen werden kann.

16

Das Arbeitsfeld Hilfen zur Erziehung

Das Arbeitsfeld der Hilfen zur Erziehung ist ein weiterer Anwendungsfall dafür, wie der Einfluss des demografischen Wandels durch andere bedarfsbeeinflussende Faktoren deutlich überlagert werden kann. Obwohl die Alterspopulation der 0- bis unter 21-Jährigen bereits seit einigen Jahren rückläufig ist, haben die Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung in Baden-Württemberg im Zeitraum von 2006 bis 2009 um rund 20 Prozent zugelegt. Nimmt man diesen Zuwachs um 20 Prozent innerhalb von nur 3 Jahren und stellt ihn in eine Gesamtschau damit, dass die Alterspopulation in den kommenden 15 Jahren um 17 Prozent sinken wird, so spricht dies nicht für einen demografisch bedingten Rückgang dieser Jugendhilfeleistungen.

Die Analysen zu den Hintergründen der Fallzahlentwicklungen zeigen, dass der Wandel in den Rahmenbedingungen des Aufwachsens vieler Kinder einen gravierenden Einfluss auf die Fallzahldynamik hat. So liegt die Hilfewahrscheinlichkeit für Kinder, die an der Armutsgrenze aufwachsen, etwa bei den stationären Hilfen in Vollzeitpflege und Heimerziehung fast um das Zwanzigfache über der von Kindern, die insoweit unbelastet sind. Ähnlich hoch liegt die Hilfewahrscheinlichkeit von Kindern bei Alleinerziehenden gegenüber der von Kindern, die bei ihren beiden leiblichen Eltern leben. Und bei Kindern, die in einer Stiefelternkonstellation groß werden, übersteigt die Hilfequote die der Kinder, die bei beiden leiblichen Eltern leben, um das Fünzigfache.

Damit erweisen sich genau die Lebenslagen als besonders hilferelevant, die innerhalb der Gesellschaft zunehmen. Insofern lässt auch diese Faktenlage keine Umkehr der seitherigen Fallzahldynamiken erwarten.

Zugleich weisen die genannten Befunde und die daraus abzuleitenden Folgerungen natürlich aber auch weit über das Feld der Hilfen zur Erziehung hinaus. Hilfen zur Erziehung sind in gewisser Weise oftmals auch „späte Hilfen“ für Menschen in Lebenslagen, denen durch eine strukturelle Verbesserung von Leistungen und Angeboten für Kinder und Familien in vielfältiger Weise frühzeitigere Unterstützung und Entlastung angeboten werden muss. Hier liegen zweifellos zentrale Herausforderungen im demografischen Wandel für eine alternde Gesellschaft, die frühzeitig und mehr denn je dafür sorgen will und muss, dass kein junger Mensch verloren geht.

Zugleich wird aber auch deutlich, dass es ganz offensichtlich Lebenslagen gibt, in denen es alles andere als ein exotischer Sonderfall ist, zum Adressaten einer erzieherischen Hilfe zu werden. Insofern erweisen sich die Hilfen zur Erziehung insbesondere für junge Menschen, die an der Armutsgrenze und/oder in spezifischen Familienkonstellationen aufwachsen, auch unter quantitativen Aspekten als eine sehr bedeutsame (Co-) Instanz von Sozialisation, deren – gerade in Zeiten des demografischen Wandels – erhebliche gesellschaftliche Bedeutung und Leistung so sicher oftmals gar nicht gesehen wird.

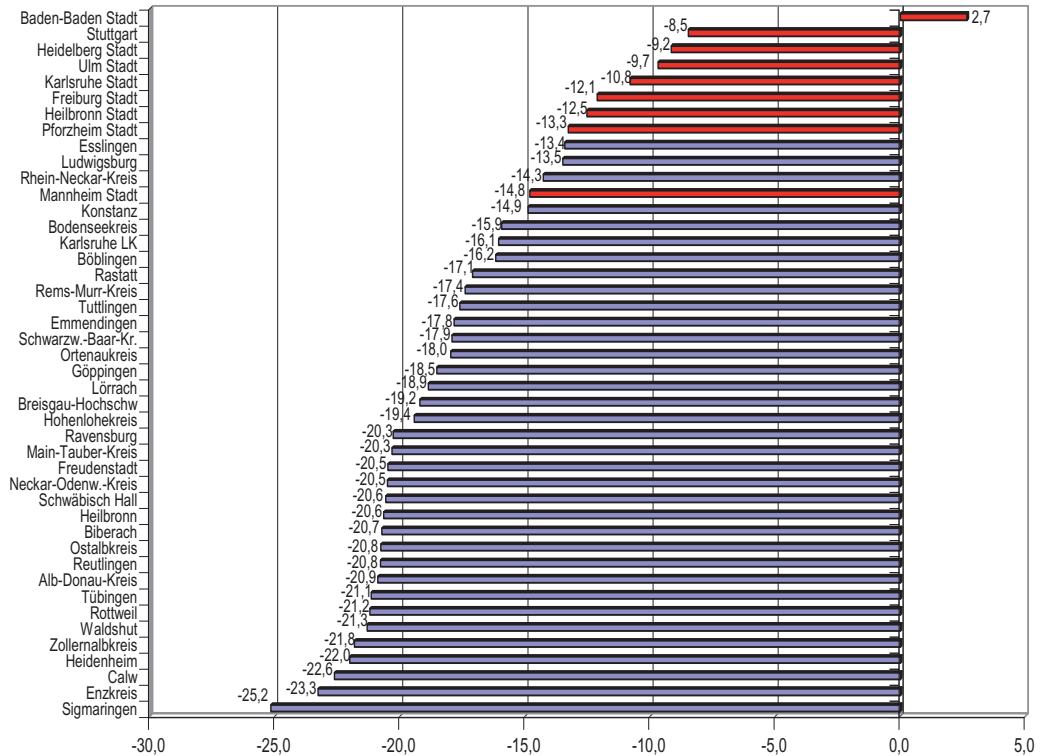
Unterschiede in den kreisspezifischen Ausgangslagen zur Bewältigung der Herausforderungen im demografischen Wandel

Die hier skizzierten Einschätzungen zur Bedeutung des demografischen Wandels für die genannten Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe zielen auf die grundlegenden strukturellen und konzeptionellen Entwicklungsperspektiven in diesen Bereichen. Im Blick auf kreisspezifische Abwägungen, Folgerungen und Weichenstellungen ist aber zu berücksichtigen, dass sich die kreisspezifisch erwarteten demografischen Tendenzen erheblich, und die kinder- und jugendhilfespezifischen Ausgangslagen zur Bewältigung der Herausforderungen in den 44 Stadt- und Landkreisen des Landes geradezu gravierend unterscheiden. Da ein sachgerechter Umgang mit den Handlungsbedarfen der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort ohne die Bestimmung der je kreisspezifischen Ausgangssituation nicht möglich ist, bietet der Bericht hierzu eine Fülle von Daten und Standortbestimmungen, die im Rahmen dieser Zusammenfassung nur an ausgewählten Beispielen gezeigt werden können.

Hinsichtlich der unterschiedlichen demografischen Dynamiken zeigt das folgende Schaubild die aus heutiger Sicht erwarteten Veränderungen in der Alterspopulation der 0- bis unter 21-Jährigen über den Zeitraum von 2008 bis 2025. In der Verteilung der 44 Stadt- und Landkreise sind die Balken der Stadtkreise rot gefärbt, so dass sich auch stadt- beziehungsweise landkreisspezifische Vergleichsbetrachtungen rascher vornehmen lassen.

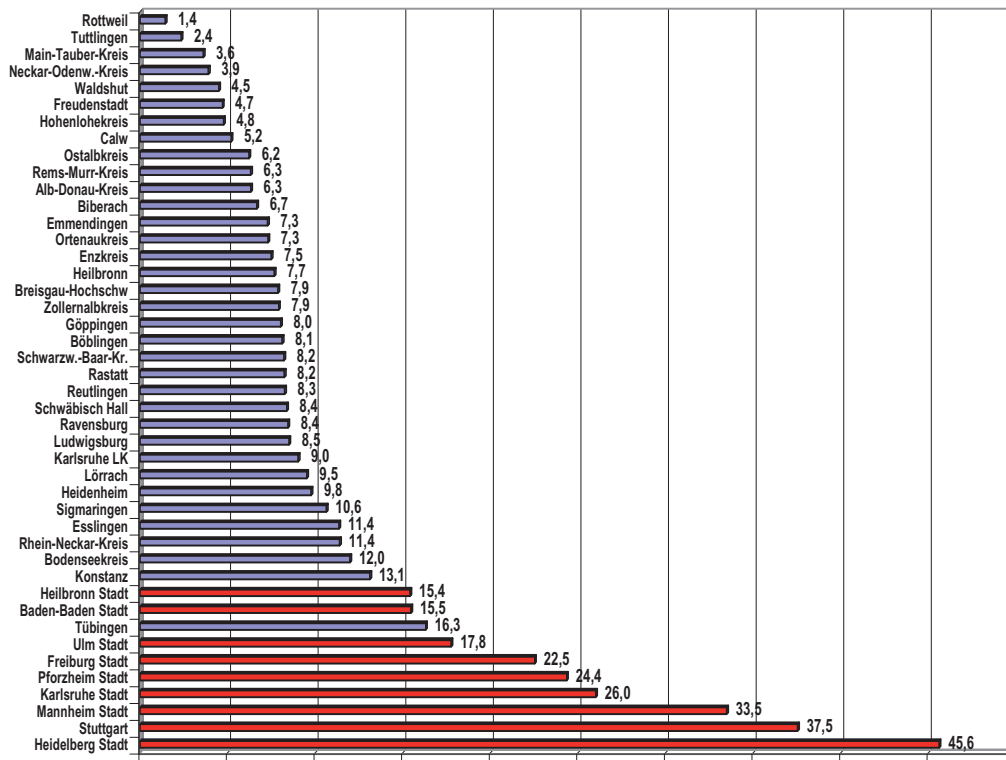


Veränderung der Alterspopulation der 0- bis unter 21-Jährigen von 2008 bis 2025 nach Kreisen in Prozent



Angesichts dieser erheblichen Streubreiten wird unmittelbar ersichtlich, welche Bedeutung den je kreisspezifischen Betrachtungsweisen zukommt. Der Gesamtbericht bietet dazu vielfältige demografierrelevante Datenaufbereitungen, die auch die Veränderungen bezüglich der Binnenaltersstrukturen innerhalb der Altersgruppe der 0- bis unter 21-Jährigen berücksichtigen.

Im Blick auf die Angebots- und Leistungsstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe zur Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und ihren Familien finden sich im Bezug auf alle Arbeitsfelder enorme Unterschiede im Vergleich der Kreise. Lediglich beispielhaft sei dies am folgenden Schaubild gezeigt, das den Anteil der Kindergartenkinder, die zum Stichtag 01. März 2009 auf Ganztagesplätzen in Kindergärten und Altersgemischten Gruppen betreut wurden, ausweist. Dieses Beispiel ist auch insofern aufschlussreich, weil die Verfügbarkeit von Ganztagesplätzen an Kindergärten eine sehr bedeutsame Rahmenbedingung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darstellt.

Betreuungsquoten der Kindergartenkinder auf Ganztagesplätzen am 01.03.2009


Die Streuung in der Datenverteilung spricht für sich und unterstreicht nicht nur die Notwendigkeit kreisspezifischer Betrachtungsweisen zu den Handlungserfordernissen im demografischen Wandel. Sie verweist zugleich auch auf die gravierenden Unterschiede, die Eltern und Kinder in Abhängigkeit von ihrem Wohnort bezüglich einer kinder- und familienfreundlichen Infrastruktur innerhalb des Bundeslandes vorfinden – ein Sachverhalt, der auch im Blick auf die Zukunftsfähigkeit des Landes insgesamt angesichts der Herausforderungen im demografischen Wandel durchaus als kritisch eingeordnet werden kann.

3. Querschnittsthemen der Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten des demografischen Wandels

Sei es das Plädoyer für eine kinder- und familienfreundliche Umwelt und soziale Infrastruktur, die Gestaltung des Generationenverhältnisses und das bürgerschaftliche Engagement, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, die Themenkomplexe Bildung und Migration, die (Folge-)Probleme des Aufwachsens in sozialer Ungleichheit wie auch die Genderaspekte: Für alle diese im Bericht verhandelten Querschnittsthemen gilt, dass sie ihre Bedeutung nicht vorrangig oder gar originär aus dem Sachzusammenhang des demografischen Wandels beziehen. Es handelt sich im Gegenteil um Aspekte, die oftmals seit Jahrzehnten – nicht nur in der Kinder- und Jugendhilfe –



Gegenstand grundlegender Diskurse um die Zukunft sozialer und gesellschaftlicher Entwicklungen sind. Dies begründet ihre Charakterisierung als Querschnittsthemen, was aber zugleich auch bedeutet, dass sie sich in vielfältiger Weise, wenngleich in unterschiedlicher Intensität, durch alle Kapitel des Gesamtberichtes ziehen.

Ein zentrales Thema betrifft die Ausgestaltung einer **kinder- und familienfreundlichen sozialen Infrastruktur** als einer entscheidenden Grundlage auch für die Bewältigung der Herausforderungen im demografischen Wandel. Sie dient zuallererst den Entwicklungs- und Bildungschancen der jungen Menschen und der Unterstützung und Entlastung von Müttern und Vätern. Sie ist zugleich aber auch ein zunehmend bedeutsamer Faktor für die Standortqualität von Städten und Gemeinden, und sie schafft letztlich auch solche Bedingungen, unter denen Erwachsene gegebenenfalls gerne Eltern werden wollen. Wichtig ist dabei, dass allen diesen Bestrebungen ein modernes und offenes Verständnis von Familie zu Grunde liegt, das sich an der Faktizität des Wandels familialer Strukturen, etwa dem kontinuierlichen Anstieg der alleinerziehenden Familien, und an den Vorstellungen der jungen Menschen zur Lebensgestaltung mit Kindern orientiert.

20 Angesichts der absehbaren Verschiebungen im quantitativen Anteil der Generationen an der Einwohnerschaft der Gemeinwesen wird zudem die offensive Gestaltung eines gelingenden **generationenübergreifenden Miteinanders** zu einer zunehmend wichtigen Entwicklungsaufgabe im demografischen Wandel. Mit den Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung gehen in den Städten und Gemeinden Verlagerungen in den Bedürfnissen und Interessenlagen der Bürgerschaft einher, die durchaus auch Konfliktpotentiale in sich tragen. Um diese Herausforderungen gelingend zu bewältigen, bedarf es auf der Ebene der Kommunen eines *frühzeitigen* Einstiegs in gemeinsam getragene Gestaltungsprozesse eines zukunftsfähigen Miteinanders in einer sozialen Kultur, die generationenübergreifend denkt und handelt und die darin angelegten Chancen nutzt. Dabei kann auf vielfältige konstruktive Ansätze und Erfahrungen im Lande aufgebaut werden, die im Gesamtbericht vorgestellt werden.

Auch das **Bürgerschaftliche Engagement** wird bei der Gestaltung des demografischen Wandels in den Gemeinwesen eine wichtige Rolle spielen. Da sich infolge der demografischen Verschiebungen auch die Potentiale der ehrenamtlich Tätigen stärker in die älteren Jahrgänge verlagern, wird es für die Aufgabenfelder der Kinder- und Jugendhilfe tendenziell schwieriger werden, Ehrenamtliche zu gewinnen. Das gilt insbesondere für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, der stark auch auf das Engagement älterer Jugendlicher und junger Erwachsener angewiesen ist. Da gerade diese Altersgruppe besonders stark rückläufig sein wird und zudem Zeitbudget-Konkurrenzen infolge der Ausweitung der täglichen Schulzeiten sowie der Verdichtung der Lerninhalte und -anforderungen im Bereich von Schule und Hochschule zu Buche schlagen, werden die Potentiale hier besonders knapp. Deshalb bedarf es einer weiteren Attraktivierung ehrenamtlicher Mitarbeit sowie einer (zeit-) intensiveren Unterstüt-

zung und „Pflege“ der Ehrenamtlichen durch einen verlässlichen Stamm hauptamtlicher Mitarbeiter/innen. Das bedeutet auch, dass es bei der Einbindung des Ehrenamtes gerade nicht um den Ersatz professioneller Leistungen, sondern um eine bereichernde Ergänzung durch das bürgerschaftliche Engagement gehen kann und muss.

Im Interesse der Tradierung ihrer demokratischen Grundprinzipien und ihrer Werte muss eine alternde Gesellschaft mehr denn je auf die **Partizipation von Kindern und Jugendlichen** setzen. Dabei müssen Möglichkeiten zur Förderung von Partizipation für die jungen Menschen sowohl in den Orten institutioneller Erziehung und Bildung als auch in den alltäglichen Lebenswelten in den Gemeinwesen verankert sein. Wichtig ist, dass sich Ansätze von Partizipation für die Kinder und Jugendlichen nicht als pädagogisch inszenierte Sandkästen für Beteiligung, sondern als konkrete Einflussmöglichkeiten für real gestaltbare und erfahrbare Veränderung erweisen. Vor diesem Hintergrund fällt der außerschulischen politischen Bildung eine besonders wichtige Rolle im Sinne des „learning by doing“ zu. Vielfältige Handlungs- und Lernfelder für Partizipation erschließen sich aber auch in allen anderen Aufgaben- und Praxisfeldern der Kinder- und Jugendhilfe sowie über offensive Beteiligungsstrategien im Kontext von Jugendhilfeplanung. Angesichts der absehbar erheblichen Verlagerungen im Gewicht der Alterspopulationen zu Gunsten der älteren Bevölkerungsgruppen ist es im Blick auf die Stärkung der Artikulations- und Durchsetzungschancen der Belange der nachwachsenden Generation darüber hinaus sinnvoll, mit einer Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre für einen zumindest partiellen Ausgleich für die demografisch bedingten Umverteilungen in der Gestaltungsmacht der Generationen zu sorgen.

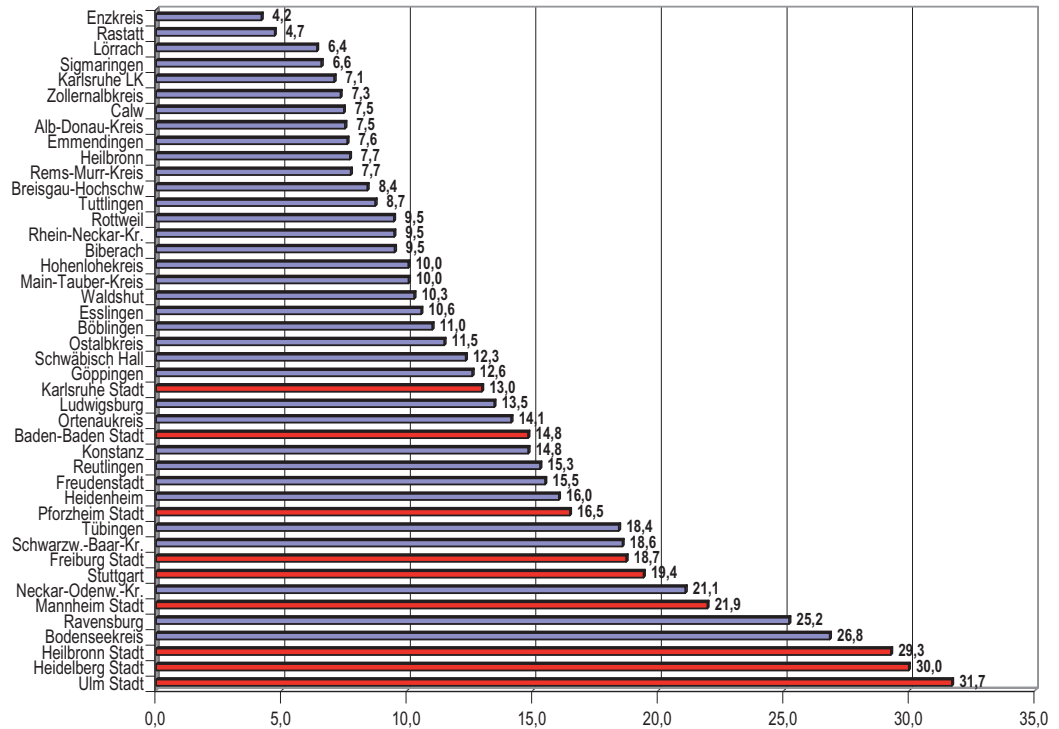
21

Die **Bildungsverantwortung der Kinder- und Jugendhilfe** in allen ihren Handlungsfeldern ist unmittelbar evident und zieht sich deshalb als ein wichtiger Aspekt durch alle arbeitsfeldspezifischen Betrachtungen des Gesamtberichts. Persönlichkeitsbildung und Alltagsbildung sind unabdingbare Grundsteine für gelingende schulische wie auch berufliche Bildung. Darüber hinaus liegt in einer **umfassenden Bildungsbeteiligung aller jungen Menschen** auch der zentrale Schlüssel für die Überwindung von sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung, die in Zeiten des demografischen Wandels mehr denn je auch unabdingbare Voraussetzung gesellschaftlicher Zukunftssicherung ist. Da nach heutigem Erkenntnisstand davon auszugehen ist, dass der Anteil der Kinder, die in bildungsferneren und die in migrationsgeprägten Familien aufwachsen, im demografischen Wandel zunehmen wird, gewinnen die Herausforderungen im Zusammenhang der Bildung der nachwachsenden Generation noch zusätzlich an Gewicht.

Auch deshalb muss ein konsequenter und flächendeckender Ausbau der gebundenen Ganztageschulen einen entscheidenden Beitrag zur Ausgestaltung der Zukunftsfähigkeit des Landes leisten. Wie das folgende Schaubild zeigt, bestehen diesbezüglich bisher enorme Ungleichzeitigkeiten innerhalb des Landes.



Prozentanteil der Schüler/innen an gebundener Ganztagschule an der Altersgruppe der 6- bis 15-Jährigen im Schuljahr 2008/2009



22

Diese Streubreiten beschreiben nicht nur die unterschiedlichen Ausgangslagen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen. Sie stehen zugleich für gravierend unterschiedliche Chancen auf eine umfassende Bildungsbeteiligung für junge Menschen in Abhängigkeit von ihrem Wohnort und werfen damit erhebliche Fragen bezüglich auch nur annähernd vergleichbarer Bildungschancen innerhalb des Landes auf.

Auch in Baden-Württemberg ist die **Armut von Kindern und Jugendlichen** alles andere als ein Randphänomen. Sie beeinträchtigt die Entwicklungs- und Teilhabechancen der davon betroffenen jungen Menschen und gefährdet in Zeiten des demografischen Wandels mehr denn je auch die Zukunftschancen der Gesellschaft. Dabei bedeutet Armut wesentlich mehr als wenig Geld zu haben. Sie erhöht zugleich Risiken und Beeinträchtigungen in den Dimensionen der körperlichen Entwicklung und Gesundheit, der Teilhabe an Bildung, des Erwerbs sozialer Kompetenzen jenseits des eigenen, engen Milieus, der Optionen vielseitiger kultureller Entwicklung und Freizeitgestaltung sowie der Chancen auf eine stabile Persönlichkeitsentwicklung mit der Ausbildung eines positiven Selbstwertgefühls. Die Kinder- und Jugendhilfe hat einen klaren Auftrag zur Einmischung in die öffentlichen und politischen Debatten um die Überwindung von Kinderarmut. Sie muss deshalb in ihren konkreten Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene dafür eintreten, dass den Lebenslagen und den Unterstützungs-

erfordernissen armutsgefährdeter Familien und Kinder mit gezielten Angeboten in besonderer Weise Rechnung getragen wird.

Junge Menschen mit einem **Migrations**hintergrund haben in Baden-Württemberg einen Anteil von 33 Prozent an der Altersbevölkerung der unter 18-Jährigen und sind damit ein entscheidendes Zukunftspotential für das Land. Sie sind jedoch zugleich besonders stark von Beeinträchtigungen ihrer Entwicklungs-, Bildungs- und Teilhabechancen betroffen, was allerdings nicht losgelöst von der sozialen Lebenslage vieler Migrantenfamilien gesehen werden kann. Insofern gelten für die Förderung und Unterstützung dieser jungen Menschen zunächst die gleichen Grundsätze wie für alle Kinder und Jugendlichen, die an der Armutsgrenze aufwachsen. Hinzu kommen aber nicht selten auch wichtige migrationsspezifische Aspekte, wie etwa eine unzureichende Aneignung der deutschen Sprache innerhalb der Familie. Vor diesem Hintergrund weisen die programmatischen Akzentuierungen im Integrationsplan Baden-Württemberg mit einer frühen Deutschförderung, mit schulischen Maßnahmen zur Integration und Sprachförderung und mit Erziehungspartnerschaften mit Eltern in Kindergarten und Schule auf zentrale Handlungsfelder, in denen elementare Grundlagen und begleitende Strukturen für eine gelingende Förderung und Einbindung der jungen Migrant/innen geschaffen werden müssen. Aus dem Blickwinkel der Kinder- und Jugendhilfe liegen in den Bereichen der Kindertagesbetreuung und der Familienbildung, der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sowie im Sport wichtige Ansatzpunkte, dem spezifischen Unterstützungsbedarf der jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu entsprechen.

23

Bezüglich der Verknüpfung von Fragen der **Geschlechtergerechtigkeit** mit denen nach der Bewältigung der Herausforderungen im demografischen Wandel läuft ein wesentlicher Ansatzpunkt für tragfähige Antworten darauf hinaus, dass eine geschlechtergerechtere Zukunft nur in einer konsequenten familiengerechten Weiterentwicklung der Gemeinwesen gelingend gestaltet werden kann. Die enge Verknüpfung von Geschlechtergerechtigkeit und familiengerechter sozialer Infrastruktur ergibt sich daraus, dass es bislang faktisch weit überwiegend die Mütter sind, die die mit der Erziehung und der Betreuung der Kinder einher gehenden Anforderungen mit den Zwängen des beruflichen Alltags in Einklang bringen müssen. Vor diesem Hintergrund schafft ein bedarfsgerechterer Ausbau der Infrastruktur für Kinder und Familien verbesserte Voraussetzungen für eine Berufstätigkeit von Frauen und erhöht zugleich die Chancen, dass sich Männer selbstverständlicher auf eine Doppelrolle in Familie und Beruf einlassen. Dies dient zugleich der im demografischen Wandel dringend gebotenen Erschließung eines erweiterten Potentials an Arbeitskräften. Zudem wird es in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe ebenso wie im Bereich der schulischen Bildung darauf ankommen, Lebens- und Lernfelder von Mädchen und Jungen unter geschlechtersensiblen Gesichtspunkten zu gestalten und dabei auch geschlechtsspezifische Angebote in ausreichender Zahl und Vielfalt anzubieten.



4. Personalbedarf der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel

In den zurückliegenden Jahrzehnten hat die Zahl der in sozialen Berufen tätigen Menschen kontinuierlich und erheblich zugenommen, wobei die Erzieher/innen die größte Berufsgruppe stellen. Angesichts der Aufgabenzuwächse in vielen Bereichen der sozialen Daseinsvorsorge und des Mehrbedarfs an Personal im Bereich der Kindertagesbetreuung steht auch die Kinder- und Jugendhilfe in der **Konkurrenz um die Gewinnung gut ausgebildeter Mitarbeiter/innen** aus dem im demografischen Wandel insgesamt schwindenden Potential an Arbeitskräften.

Vor diesem Hintergrund werden auch die **Einkommensverhältnisse der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe** in eine verstärkte Konkurrenz zu denen anderer Wirtschafts- und Arbeitsfelder geraten. Insofern erweist sich der jüngst formulierte einheitliche Appell der Ministerinnen und Minister für Arbeit und Soziales aller Bundesländer an die Tarifparteien, für eine angemessene Bezahlung dieser Berufe zu sorgen, um so einem Fachkräftemangel rechtzeitig entgegen zu wirken, als sehr plausibel, damit die Kinder- und Jugendhilfe reelle Chancen hat, auch unter diesem Aspekt in der Konkurrenz um knappe Arbeitskräfte bestehen zu können.

Ein anderer bedeutsamer Aspekt **beruflicher Zufriedenheit und damit auch der Attraktivierung von Berufsfeldern** liegt in den Handlungs- und Entscheidungsspielräumen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in der Gestaltung ihres beruflichen Alltagshandelns zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Entwicklungsspielräume, die ihnen selbst hinsichtlich ihrer beruflichen Kompetenzen und berufsbiografischen Perspektiven eröffnet werden. Deshalb liegen auch hier wichtige und konstruktiv gestaltbare Ansatzpunkte der Personalgewinnung im demografischen Wandel. Zudem wird die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** – und zwar sowohl im Blick auf die Erziehung der eigenen Kinder wie zunehmend auch im Blick auf die Pflege älterer Angehöriger – stärker als bisher zu einem Qualitäts- und Attraktivitätsmerkmal von Arbeitsplätzen werden. Nachdem heute schon viele Wirtschaftsunternehmen dazu übergegangen sind, diese Aspekte zu einem wichtigen Prinzip ihrer Unternehmensentwicklung zu machen, sind auch die Anstellungsträger der Kinder- und Jugendhilfe gefordert, diese Zielsetzungen offensiv aufzugreifen.

Neben der Frage der Gewinnung einer ausreichenden Zahl qualifizierter Arbeitskräfte ergeben sich im Zusammenhang des demografischen Wandels auch **spezifische Anforderungen an eine zukunftsfähige Professionalität**. So wird angesichts des quantitativ erheblichen und voraussichtlich weiter zunehmenden Anteils der jungen Menschen mit einem Migrationshintergrund die **interkulturelle Kompetenz** der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe weiter an Bedeutung gewinnen. Interkulturelle Kompetenz zielt dabei nicht nur auf die Arbeit mit den jungen Menschen, sondern mehr als bisher auch auf das Erreichen der Elterngeneration, weil erst ein solcher Zugang häufig ein entscheidender Schlüssel für eine nachhaltige Erschließung verbesserter Bildungs- und Teilhabechancen sein wird. Ein deutlicher Handlungsbedarf besteht auch im Blick auf die Gewinnung von **mehr Fachkräften mit einem eigenem Migrationshintergrund**. Mit dem Erschließen

solcher Potentiale geht nicht nur ein Zugewinn an sozialen, kulturellen und ethnischen Hintergründen in pädagogischen Settings einher, sondern es ergibt sich zugleich auch ein erweiterter Ansatz zur Gewinnung der zukünftig benötigten Fachkräfte.

Da im Zuge des demografischen Wandels die Bedeutung von feld- und generationenübergreifenden Ansätzen und Vernetzungen in den Gemeinwesen weiter zunehmen wird, müssen schließlich auch die **Kompetenzen** der Professionellen **im Blick auf sozialräumliches Handeln** noch stärker als bisher zu einer Basisqualifikation werden, über die auch Synergien in der Gestaltung des Sozialen in den Städten und Gemeinden erschlossen werden können.

III. Brücken zur Weiterarbeit mit dem Thema demografischer Wandel

Um den Stadt- und Landkreisen und allen anderen Interessierten einen möglichst großen und praxisnahen Nutzen des Berichtes zu erschließen, beinhaltet er auch zahlreiche Hinweise, Anregungen und Quellenverweise, die für die Weiterarbeit mit dem Thema demografischer Wandel ausgesprochen hilfreich sein können. Sie betreffen zum einen Ansatzpunkte und Möglichkeiten zum Umgang mit dem demografischen Wandel sowohl im Zusammenhang der örtlichen Jugendhilfeplanung als auch unter erweiterten sozialplanerischen Perspektiven.

25

Zum anderen werden Konzepte und Projekte zur Gestaltung kommunaler Prozesse im Umgang mit dem demografischen Wandel vorgestellt, die auch auf umfangreichem Praxis- und Erfahrungswissen aus Stadt- und Landkreisen und landesweiten Initiativen wie etwa dem Programm „Familienfreundliche Kommune“ basieren. Darüber hinaus gibt es Hinweise und Links zu Datenquellen und zu Demografiekonzepten, die einen zielgerichteten Zugang zur vertiefenden Beschäftigung mit dem Thema ermöglichen. Insgesamt verstehen sich alle diese Hinweise als eine Art „Werkzeugkasten“ zur Weiterarbeit mit dem Thema demografischer Wandel, bei der das KVJS-Landesjugendamt die Stadt- und Landkreise, die dies wünschen, aber auch anderweitig an der Thematik Interessierte gerne unterstützt.

In diesen Zusammenhang gehören auch die vielfältigen Angebote, die das KVJS-Landesjugendamt allen Stadt- und Landkreisen, den kreisangehörigen Städten mit einem Jugendamt und allen anderen Interessierten in einer Transferphase zu den Berichtsergebnissen anbietet. Sie umfassen Dienstleistungen zur Aufbereitung und Vermittlung der Berichtsergebnisse, die sich an den spezifischen Blickwinkeln und Informationsbedürfnissen der jeweiligen Zielgruppen orientieren. Das Spektrum umfasst sowohl Fachveranstaltungen, die das KVJS-Landesjugendamt seinerseits für die Fachöffentlichkeit durchführt als auch Transferleistungen in die Verwaltungen der Jugendämter und die Gremien der Kreise, etwa in Gestalt von Fachgesprächen und Vorträgen. Darüber hinaus richten sich diese Angebote ebenso an die im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe engagierten Fach- und Trägerverbände.



Sie haben noch Fragen?

Kein Problem !

Wenn Sie die hier nur sehr knapp wiedergegebenen Ergebnisse im Detail interessieren, können Sie den Gesamtbericht kostenlos beim Kommunalverband für Jugend und Soziales bestellen oder über das Internet (www.kvjs.de) herunterladen. Darüber hinaus stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesjugendamtes gerne zur Klärung von Sachfragen, für Fachgespräche oder auch Fachvorträge zur Verfügung. Rufen Sie an oder schreiben Sie uns:

Kommunalverband für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg
Dezernat 4 – Landesjugendamt
Lindenspürstr. 39
70176 Stuttgart

Ansprechpartner für Transferleistungen
Dr. Ulrich Bürger
Tel.: 0711 6375-442
E-Mail: Ulrich.Buerger@kvjs.de



November 2010

27

**Herausgeber:
Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg
Dezernat 4 – Landesjugendamt**

Verfasser:
Dr. Ulrich Bürger

Gestaltung:
Silvia Kurucic

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart

Kontakt:
Telefon 0711 6375-0
Telefax 0711 6375-449

info@kvjs.de
www.kvjs.de

Bestellung/Versand:
Diane Geiger
Telefon 0711 6375-406
Diane.Geiger@kvjs.de



KVJS

Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Postanschrift

Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausadresse

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart (West)

Tel. 0711 63 75-0
www.kvjs.de